

NEWSLETTER MAI 2014

Frauen Union Pankow

Ausgabe Nr. 3

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

wir freuen uns, mit dieser Ausgabe bereits unseren dritten Newsletter seit Beginn unserer Arbeit im April 2013 herausgeben zu können. Wir haben unsere inhaltliche Arbeit in den vergangenen Monaten auf ein breites Fundament gestellt. Einige Überlegungen und Ergebnisse können Sie auf den nächsten Seiten lesen. Sollten Sie Anmerkungen, Ideen oder Kritik zu den Themen und Schwerpunkten haben, schreiben Sie uns gern eine E-Mail oder rufen Sie uns an.

Das Jahr 2014 steht politisch ganz im Zeichen Europas. Daher bilden die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai einen Schwerpunkt dieser Ausgabe. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat das Europäische Parlament enorm an Bedeutung gewonnen. Gerade für eine europäische Großstadt wie Berlin ist es sehr wichtig, starke Abgeordnete nach Brüssel und Straßburg zu schicken. Bitte machen Sie als Bürger Europas von Ihrem Wahlrecht Gebrauch!

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf viele zukünftige Begegnungen!

Ihr Vorstandsteam der Frauen Union Pankow

Unser Vorstand wächst: Helga Smolka unterstützt FU Pankow

Im Rahmen unserer Klausurtagung haben wir einstimmig Helga Smolka aus dem Ortsverband „An der Panke“ in unseren Vorstand kooptiert. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und auf die neuen Ideen und Erfahrungen, die Helga Smolka in unseren Vorstand einbringt.



Frauen. Aus Pankow. Für Pankow.

Schwerpunkt Europawahl - Inhaltliche Standpunkte - Termine - Einladung zum Mitmachen - Kontakt zum Vorstand



Das Vorstandsteam der Frauen Union Pankow

Europa vor der Wahl

Sie stehen fast schon vor der Tür: die Europawahlen am 25. Mai 2014. Man kann sich jedoch nicht des Gefühls erwehren, dass die Wahlen bei den Menschen in Deutschland (noch) keine Rolle spielen. Laut einer aktuellen Umfrage weiß nicht einmal die Hälfte der deutschen Bevölkerung, dass sie die Möglichkeit einer Direktwahl der Europaparlamentarier hat.

Außerdem, so die Prognosen, könnten bis zu einem Viertel der zukünftigen Europaabgeordneten europaskeptischen Parteien angehören. Doch woher kommt diese Skepsis gegenüber der Europäischen Union, die als Wirtschaftsgemeinschaft begonnen hat, inzwischen aber zu einer Wertegemeinschaft avanciert ist, zu einem Stabilitätsanker und Friedensgaranten? Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in weiten Kreisen der Gesellschaft zu einer Vertrauenskrise in die EU als Institutionen- und Rechtsetzungsgefüge geführt. Der Zulauf bei den europakritischen bis hin zu antieuropäischen Parteien ist ein ernstzunehmendes Signal für die wachsende Unzufriedenheit vieler Menschen mit der EU. Beispiele für überbordende Regulierungswut mit teils grotesken Auswüchsen aus Europa fallen sicherlich vielen Bürgern ein: So sind die Versuche, offene Speiseölkännchen auf Restauranttischen zu verbieten oder den maximalen Wasserdurchsatz von Duschköpfen und die Saugleistung bei Staubsaugern festzulegen nur die jüngsten Exempel einer langen Liste. Bei einem gleichzeitig mäßigen Auftritt in Angelegenheiten, in denen starke Führung verlangt wird, wirkt es so, als verliere sich insbesondere die Europäische Kommission im Klein-Klein und vernachlässige ihre eigentlichen Aufgaben.



v.l.n.r.:

Denise Bittner, Hildegard Bentele, Joachim Zeller,
Dr. Manja Schreiner, Christina Henke

Im Rahmen einer Europadiskussion, die von den Berliner Redekünstlern organisiert wurde, hat unser Vorstandsmitglied Dr. Manja Schreiner notwen-

dige Konsequenzen aus Desinteresse und Europaskepsis aufgezeigt: Die Menschen müssen wissen, wofür Europa steht. Grundvoraussetzung dafür ist, dass die europäischen Entscheidungsprozesse transparenter werden. Dem Europäischen Parlament ist ein Initiativrecht für Gesetzesvorschläge einzuräumen und das Subsidiaritätsprinzip ist zu wahren. Große Fragen wie politische Stabilität, die Vertiefung der wirtschaftspolitischen Abstimmung, die Organisation der Bankenunion und die Schaffung eines Energie-Binnenmarktes sind Themen, die für die künftige Gestaltung und Praxis der europäischen Rechtsetzung der zentrale Schlüssel zur Zurückgewinnung von Vertrauen und Akzeptanz sein werden. Fragen, die auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene besser zu beantworten sind, müssen in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten bleiben.

Dr. Manja Schreiner

Infobox: CDU Berlin in Europa

Die Berliner CDU geht mit ihrem aktuellen Europakandidaten Joachim Zeller (CDU Kreisverband Mitte) als Spitzenkandidat in die Europawahl. Zeller wurde 2009 erstmals ins Europäische Parlament gewählt und arbeitet dort in den Ausschüssen für regionale Entwicklung und für auswärtige Angelegenheiten sowie im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung.

Zeller folgen auf der Liste der Berliner CDU Stefan Evers (Charlottenburg-Wilmersdorf), Hildegard Bentele (Tempelhof-Schöneberg), Birga Köhler (Mitte), Eva Majewski (Friedrichshain-Kreuzberg), Katharina Hecht (Mitte) sowie Jörg Schumacher (Steglitz-Zehlendorf).

Europa - gerecht vertreten?

„Wer keinen Platz am Tisch bekommt, hat zu befürchten, dass er auf dem Teller landet“, so warnte die US-Kongressabgeordnete Linda Sánchez auf einem Seminar der Europäischen Frauen-Lobby. Frau Sánchez weiß wovon sie redet: Nur 18,5 Prozent der US-Amerikanischen Kongressabgeordneten sind Frauen. Wie sieht es mit den Plätzen am europäischen Tisch aus? Der folgende Überblick spricht nicht einer Frauenquote das Wort, sondern skizziert den Ist-Zustand der Europäischen Institutionen und die diesbezüglichen politischen Weichenstellungen in der EU.

Am 25. Mai 2014 sind 33,1 Millionen Frauen und 31,2 Millionen Männer in Deutschland zur Teilnahme an der Europawahl berechtigt (Quelle: Statistisches Bundesamt). Knapp 500 Millionen Europäer sind 2014 zur Wahl aufgerufen. 2011 lebten in den damals noch 27 Mitgliedsstaaten der EU 257 Millionen Frauen und 245 Millionen Männer (Quelle: Eurostat).

35 % der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (2009-2014) sind Frauen (Quelle: ec.europa.eu). Von den vier „Top-Jobs“ der

Europäischen Union (Präsident des Europäischen Parlaments, Präsident der Europäischen Kommission, EU-Ratspräsident und EU-„Außenminister“) sind drei von Männern besetzt: Präsident des Europäischen Parlaments: Martin Schulz. Von seinen 14 Stellvertretern sind vier Frauen. Präsident der Europäischen Kommission: José Manuel Barroso. Unter den 26 weiteren Kommissionsmitgliedern sind acht Frauen. Präsident des Europäischen Rats: Hermann Van Rompuy. Catherine Ashton ist die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Position gibt es erst durch den am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon.

„250 Millionen Frauen in der EU – und nicht eine davon gut genug?“ fragte bereits 2009 die dänische Sozialdemokratin und EU-Parlamentarierin Christel Schaldemose angesichts fehlender Frauen in den EU-Top-Jobs. Unter den sechs Kandidaten der anstehenden Wahl 2014 für das Amt des Kommissionspräsidenten findet sich eine Frau: Ska Keller von den Europäischen Grünen (EGP). Von den 29 Präsidenten des Europäischen Parlaments seit 1952 waren zwei Frauen. Unter den 38 Mitgliedern des Gerichtshofs der Europäischen Union sind sieben Frauen. 37 der noch 99 Abgeordneten Deutschlands im Europäischen Parlament sind Frauen, der Frauenanteil liegt somit bei 36,6 %. CDU, SPD und FDP schicken jeweils Männer als Spitzenkandidaten ins Rennen dieser Wahl: David McAllister, Martin Schulz und Alexander Graf Lambsdorff. Bündnis90/Die Grünen und Die Linke haben Frauen als Spitzenkandidaten nominiert: Rebecca Harms und Gabi Zimmer. Auf den Landeslisten der CDU und CSU für die Europawahl 2014 findet sich unter den auf Platz 1 nominierten Kandidaten keine einzige Frau. Der Anteil der Frauen in den nationalen Parlamenten der EU Mitgliedsstaaten liegt bei 27% (Quelle: Europäische Kommission).

Im März 2010 verabschiedete die Kommission die Charta für Frauen. Darin „verpflichtet sich die Kommission, in den kommenden fünf Jahren in allen ihren Politikbereichen auf Gleichberechtigung zu achten und die Gleichstellung von Frauen und Männern gezielt zu fördern“ (Quelle: Europäische Kommission). Die Charta setzte folgende Ziele: Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt, gleicher Lohn für gleiche Arbeit oder gleichwertige Arbeit, gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen, Menschenwürde und Unverletzlichkeit der Person sowie Beendigung von Gewalt gegen Frauen, Gleichstellung der Geschlechter über die EU-Grenzen hinaus. Liest man den Zwischenbericht der Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern (2010-2015), finden sich keine Zahlen oder Statistiken, die das Erreichen der oben genannten Ziele der Charta oder Fortschritte belegen (Quelle: Europäische Kommission).

Die Europäischen Institutionen spiegeln die demographischen Gegebenheiten Europas nicht wider. Es wäre jedoch ein schwerwiegender Fehler, eine gerechtere Vertretung von Frauen über eine Frauenquote erreichen zu wollen. Vielmehr ist der hartnäckige Einsatz der europäischen Frauen gefragt, um eine gerechtere Mitgestaltung der europäischen Politik zu erreichen.



Chancengleichheit für berufstätige Mütter schaffen

Die Frauen Union Pankow fordert echte Wahlfreiheit für Mütter. Aus staatlicher Sicht ist weder ein schneller Berufswiedereinstieg nach der Geburt, noch eine lange Kinderbetreuungsphase zu favorisieren. Vielmehr sollte durch bedarfsgerechte Rahmenbedingungen eine echte Wahlfreiheit geschaffen werden. Dabei gibt es schon heute eine Vielzahl von staatlichen Familienleistungen. Wird ein früher Berufseinstieg gewählt, kommt es bei Überstunden, beruflichen Abendterminen und Krankheit des Kindes schnell zu erheblichen Herausforderungen hinsichtlich der Betreuung.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Seit der Klausurtagung im Januar 2014 beschäftigt sich die Frauen Union Pankow mit der Situation von berufstätigen Müttern im Bezirk Pankow und darüber hinaus. Dabei wurde schnell deutlich, dass die zentrale Forderung lautet: „Echte Wahlfreiheit für Mütter“. Jede Mutter soll entsprechend ihrer Bedürfnisse und denen ihres Kindes und ihrer Familie entscheiden können, ob, wann und in welchem Umfang sie berufstätig ist. Denn Eltern können am besten selbst entscheiden, wie sie ihre familiäre Lebenssituation, ihre Berufstätigkeit und den Alltag ihrer Familie gestalten wollen.

In der politischen Debatte dominiert häufig der Streit um das Betreuungsgeld und die gesetzliche Frauenquote. Ein Blick in die Statistik zeigt: Mit 156 staatlichen Leistungen für Familien in Deutschland, die einem Gesamtvolumen von rund 200 Milliarden Euro entsprechen, gibt es eine Vielzahl von Unterstützungsleistungen für Familien. Ziel dieser Maßnahmen ist eine Verbesserung der Situation von Familien in Deutschland. Und doch klafft noch immer eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Bedürfnisse junger Familien

Das vermeintlich bipolare Modell des schnellen Berufseinstiegs nach der Geburt eines Kindes auf der einen und der ausschließlichen häuslichen Betreuung durch die Eltern auf der anderen Seite, entspricht nicht den Bedürfnissen vieler Familien. Dabei geht es explizit nicht um eine vollständige finanzielle Kompensation: Wird ein Kind zu Hause betreut, werden finanzielle Einschränkungen in Kauf genommen. Zudem sind mit dem Eltern- und dem Betreuungsgeld in den vergangenen Jahren neue, erfolgreiche Instrumente hinzugekommen. Doch gilt es zuallerst, die Akzeptanz der Betreuungsleistung zu fördern und Arbeitsmodelle ohne Nachteile beim Wiedereinstieg nach einigen Jahren zu schaffen.

Gleichzeitig muss die Situation berufstätiger Mütter verbessert werden. Nicht nur alleinerziehende Mütter stehen regelmäßig vor dem Problem, dass sie zeitweise einen erhöhten Betreuungsbedarf für ihre Kinder haben und daraus berufliche Nachteile resultieren können. Bei Überstunden, Krankheit der Kinder oder beruflichen Abendterminen stoßen staatliche Betreuungseinrichtungen regelmäßig an ihre Grenzen. Eine echte Wahlfreiheit für Mütter ist in diesen regelmäßig wiederkehrenden (Notfall-) Situationen nicht gegeben.

Diskussion in der Frauen Union Pankow

In den kommenden Monaten wird sich die Frauen Union Pankow vertieft mit der Situation berufstätiger Mütter in Pankow auseinandersetzen. In einem Gespräch mit Vertreterinnen des Jugendamtes, von Kindertageseinrichtungen und Elternvertretungen sollen Problemlagen erörtert und mögliche Verbesserungsvorschläge erarbeitet werden. Gefragt werden soll beispielsweise, ob es eine Evaluation darüber gibt, inwieweit die Öffnungszeiten in den bezirklichen Kindertageseinrichtungen mit dem dokumentierten Bedarf der Eltern übereinstimmen und welche Regelungen es für Mütter in Schichtarbeit gibt. Als mögliches Ziel eines Antrags soll die Einrichtung eines Modellbetriebs „Mobile Betreuung“ auf bezirklicher Ebene diskutiert werden. Die vorhandene Infrastruktur mit zertifizierten und flexiblen Tagesmüttern könnte hierbei genutzt werden, um eine Betreuung in Notfallsituationen und im Optimalfall im gewohnten Umfeld der Kinder zu ermöglichen.

Alle Mitglieder der Frauen Union Pankow sind herzlich dazu eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Melden Sie sich sehr gerne per Mail unter info@frauenunion-pankow.de bzw. telefonisch unter 030/4287481, wenn Sie Ihren Standpunkt einbringen möchten, ein spannendes Modellprojekt kennen oder aber bei der Formulierung eines Antrags zu dieser Thematik mitwirken möchten.



Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns

Am 2. April 2014 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) gebilligt. Geplant ist eine einheitliche gesetzliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro je Stunde zum 1. Januar 2015.

Lediglich wenige Ausnahmen sind vorgesehen: Für junge Arbeitnehmer bis zum Alter von 18 Jahren und Ehrenamtliche soll der Mindestlohn nicht gelten, genauso wenig für Praktikanten in Berufsvorbereitung. Außerdem soll es eine Ausnahmeklausel für Langzeitarbeitslose geben: Für eine Einstiegsphase von sechs Monaten ist bei ihnen die Unterschreitung des Mindestlohns möglich. Der Gesetzentwurf sieht für Branchen, die mit der Einführung des Mindestlohns Probleme haben, eine zweijährige Übergangsfrist vor, in der sie niedrigere Löhne zahlen können. Bedingung ist, dass sie einen bundesweit gültigen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Erstmals zum 1. Januar 2018 soll eine Erhöhung des Mindestlohns ausgehandelt werden können. Bei Verstößen gegen den Mindestlohn sieht der Gesetzentwurf Geldbußen bis zu 500.000 Euro vor.

Die Argumente der Wirtschaft, ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn zerstöre die gewachsenen und zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern fein austarierten Tarifstrukturen in den einzelnen Branchen und Regionen und setze dazu falsche Anreize für junge Leute, verhallen.

Dabei ist es fatal, wenn gerade bildungsschwächeren jungen Menschen negative Anreize durch den gesetzlichen Mindestlohn gesetzt werden. Mit Helferjob auf Mindestlohniveau anstelle solider Berufsausbildung — die oftmals nur die Hälfte an Salär bringt — wird jungen Menschen die Aussicht auf eine erfolgreiche Zukunft genommen. Die Reue kommt oft zu spät, wenn sie merken, dass sie in einer beruflichen Sackgasse gelandet sind.

Auch für Frauen, die nach längeren Auszeiten den Wiedereinstieg in das Berufsleben über geringer entlohnte Arbeitsplätze und Minijobs schaffen, könnte sich der Mindestlohn als Bumerang entpuppen. Denn an einer betriebswirtschaftlichen Maxime kommt der Mindestlohn nicht vorbei: Übersteigen die Arbeitskosten dauerhaft den Ertrag, den die Beschäftigten erwirtschaften, gehen Jobs verloren.

Dr. Manja Schreiner

Quereinsteiger in Berliner Schulen

„Lehrermangel in Berlin – Zahl der Quereinsteiger wächst“ lautete die Überschrift am 21.03.2014 in der „Berliner Morgenpost“. Sie vereint das Problem und den bisherigen Lösungsansatz. Berlin fehlen 2400 Lehrer zur Deckung des Unterrichtsbedarfs – ein Ausmaß, das systemische Ursachen vermuten lässt.

Hochschulabsolventen, die sich in Berlin für das Referendariat beworben haben, wurden lange Jahre abgelehnt oder auf endlose Wartelisten gesetzt. Jene, die auch das Referendariat abgeschlossen haben, stehen vor der Wahl, ob sie eine attraktive Beamtenstelle im nahen Brandenburg antreten wollen oder ob sie als Angestellte in Berlin bleiben. Neben der seit einer Dekade absehbaren und in diesen Jahren hereinbrechenden Pensionierungswelle sind das die Hauptgründe, warum es an einschlägig qualifizierten Bewerbern für das Lehramt mangelt.

Ein derzeit verfolgter Ansatz ist die Einstellung von Quereinsteigern, die über eine fachliche, aber keine pädagogische Ausbildung verfügen. Erfahrene Lehrer sehen in diesem Modell die Chance, neue Bewerberfelder für den Lehrerberuf zu eröffnen, warnen aber vor der Herausforderung sowohl für Bewerber als auch für Schüler. Bewerber müssen ohne Anleitung 19 Wochenstunden vorbereiten und unterrichten – anders als ihre Referendariatskollegen mit pädagogischem Hintergrund, die von den geforderten zehn Wochenstunden nur vier bis acht selbstständig durchführen müssen.

Neben den Lehramtskandidaten werden auch die Schüler vor größeren Herausforderungen stehen. Ohne erworbene Kenntnisse der Erziehungswissenschaften und der Didaktik könnten Quereinsteiger im Vergleich zu den Lehramtsstudenten in der schulischen Praxis größere Schwierigkeiten im Umgang mit Jugendlichen haben, insbesondere wenn es körperliche, physische oder psychische Beeinträchtigungen der Schüler optimal zu berücksichtigen gilt.

Die Verbeamtung, wie sie in fast allen Bundesländern praktiziert wird, ist eine Möglichkeit, um dem Lehrermangel entgegenzuwirken. Jedoch sollte eine Überarbeitung des Beamtenrechts, z.B. in Bezug auf das Alimentationsprinzip, erfolgen, um zum Beispiel die Ungerechtigkeit zwischen angestellten und verbeamteten Lehrern im Krankheitsfall und im Ruhestand nicht weiter zu verstärken, denn dies ist unter anderem ein entscheidendes Kriterium, warum Lehrer sich bewusst für die Verbeamtung und gegen Berlin entscheiden.

Christina Henke

Termine, Ausflüge, Veranstaltungen

Frühlingsempfang der FU Berlin

Beim Frühlingsempfang der Frauen Union Berlin durften wir als sehr aktiver Kreisverband natürlich nicht fehlen. Am Rande gab es die Gelegenheit für ein Foto und ein kurzes Gespräch mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Dr. Peter Tauber MdB. Leicht überraschende Erkenntnis für uns: Wir und unsere Arbeit waren ihm durchaus bekannt - obwohl wir erst seit knapp einem Jahr aktiv dabei sind. Unsere Themen werden also im Konrad-Adenauer-Haus gehört - das motiviert. Gut so!

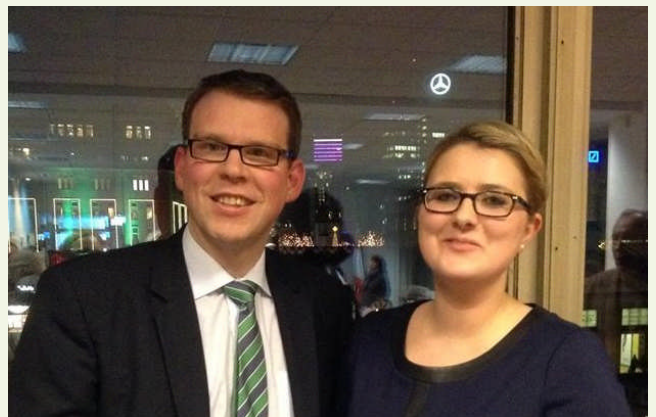


3. Kaffeenachmittag der FU Pankow

Unser Kaffeenachmittag, den wir als kleine Tradition ins Leben gerufen haben, fand im März bereits zum dritten Mal statt. Bei leckerem Kuchen und duftendem Kaffee gab es angeregte Diskussionen zu aktuellen Themen - ob politisch oder unpolitisch. Danke an unsere Gäste - es war ein toller Nachmittag. Wir haben uns vor allem sehr darüber gefreut, dass wir zwei neue Mitglieder in unserer Mitte begrüßen konnten. Unser nächster Kaffeenachmittag findet schon im Sommer statt.

Fachgespräch mit Florian Graf MdB

Im Rahmen einer Veranstaltung der FU Berlin konnte unsere Kreisvorsitzende Christina Henke ein konstruktives Gespräch zum Thema Bildungs- und Sicherheitspolitik in unserer liebenswerten Stadt mit Florian Graf, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, führen. Fazit: Im Berliner Landeshaushalt muss jeder Cent zwei Mal umgedreht werden, aber die CDU setzt sich dafür ein, dass gerade bei den wichtigen Themen Bildung und Sicherheit nicht am falschen Ende gespart wird.



Kreisparteitag der CDU Pankow

Der jährliche Kreisparteitag der CDU Pankow fand natürlich unter aktiver Beteiligung der FU statt. Am Eingang haben wir jedem weiblichen Mitglied eine Rose mit Hinweisen auf unsere Termine geschenkt. Unsere Vorstandsmitglieder Dr. Manja Schreiner und Helga Smolka waren im Tagungspräsidium eingebunden und unsere Vorsitzende Christina Henke hat den Antrag "Staatliche und freie Schulen stärken" maßgeblich mit erarbeitet. Das Thema wird uns in den nächsten Monaten inhaltlich weiterhin beschäftigen.

FU Pankow goes Fashion Week

Es war ein bisschen wie in der berühmten amerikanischen Serie „Sex and the City“, wo sich alles um die faszinierende, atemberaubende und glamouröse Mode dreht. Sicherlich fragen sich an dieser Stelle einige, was Mode mit Politik zu tun hat. Die Modewelt trifft sich seit 2007 zur Fashion Week in unserer Stadt und präsentiert ihre neusten Trends. Die Frauen Union Pankow war vom 14. bis 19. Januar bei einigen Veranstaltungen dabei, um einen Einblick in die Modewelt zu erlangen. Von den mittlerweile 270.000 Fachbesuchern der Fashion Week profitiert auch die Berliner Tourismusbranche.

Unser Hauptanliegen war es, hinter die Kulissen zu schauen. Das Besondere an dieser Woche ist, dass neben den großen und etablierten Modedesignern auch junge und noch unbekannte Modeschöpfer die Möglichkeit erhalten, ihre Kreationen einem großen Fachpublikum präsentieren zu dürfen. Aus Berlin haben wir einen Hersteller für Designer-Socken kennen gelernt. Wie uns der Geschäftsführer verriet, ist dieses Unternehmen bewusst von München nach Berlin gezogen, das unangefochtene Zentrum für junge und innovative Mode.

In den letzten Jahren hat sich unsere multikulturelle, facettenreiche und im Vergleich zu anderen Ländern doch günstige Stadt zu einem Magneten für viele visio-

näre Menschen und deren kleine, ambitionierte Unternehmen entwickelt. Diese Entwicklung ist aus wirtschaftlicher Sicht sehr positiv zu werten. Natürlich stehen diese Firmen im Wettbewerb zu großen, multinationalen Unternehmen. Sie kämpfen mit steigenden Gewerbemieten in unseren Kiezen und um die besten Köpfe und Ideen. Die wirtschaftliche Förderung der Kreativszene sowie lokaler Startup-Unternehmen ist für unseren Bezirk wichtig, denn diese Kreativität und Vielfältigkeit macht Pankow liebens- und lebenswert. Genau das ist es, was die Menschen an Pankow lieben und schätzen, dies gilt es weiter zu fördern.

Christina Henke



Wir freuen uns über Unterstützung

Wir freuen uns über jede Unterstützung und Mitarbeit - egal ob personeller, ideeller oder finanzieller Art. In den letzten Monaten ist die Zahl unserer Unterstützer bereits stark gewachsen. Darüber freuen wir uns sehr. Aber natürlich gibt es noch immer Steigerungspotential. Werden Sie selbst aktiv und machen Sie bei uns mit! Treffen Sie uns dazu einfach bei einem unserer vielen Termine oder melden Sie sich direkt bei unserer Kreisvorsitzenden unter christina.henke@frauenunion-pankow.de.

Für die notwendige Finanzierung unserer Aktivitäten sind wir zum großen Teil auf Spenden angewiesen, da wir keine eigenen Mitgliedsbeiträge erheben. Wenn Sie unsere Arbeit finanziell unterstützen möchten, würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Jeder Euro zählt!

Zur Erleichterung teilen wir Ihnen gern unsere Kontodaten mit:

CDU Pankow

Kontonummer: 0892 3542 11

Bankleitzahl: 100 700 00 (Deutsche Bank)

IBAN: DE89 1007 0000 0892 3542 11

Ein Dank an unsere Spender

Sehr herzlich möchten wir an dieser Stelle DANKE sagen, an alle, die uns bereits mit einer Spende unterstützt haben. Damit wurden viele Teile unserer Arbeit erst möglich.

Termine, Termine, Termine...

10. Mai 2014, 16.00 Uhr

Berliner Frauenlauf

Tiergarten

12. Mai 2014, 18.00 Uhr

Mitgliederversammlung der FU Pankow

elf Gastätte, Paul-Robeson-Straße 11, 10439 Berlin

12. Mai 2014, 19.00 Uhr

Blickpunkt Europawahl - FU Pankow lädt zum Gespräch mit Joachim Zeller MdEP

elf Gastätte, Paul-Robeson-Straße 11, 10439 Berlin

10. Juni 2014, 18.00 Uhr

Sommerfest der CDU Pankow

Bürgerpark Pankow

13. Juni 2014, 18.00 Uhr

Sommerfest des Unionhilfswerk Pankow (FU Pankow zu Gast)

Pflegewohnheim Dr. Günter Hesse, Pankower Straße 14, 13156 Berlin

24. Juni 2014, 17.45 Uhr

Einstündige Schifffahrt auf der Spree gemeinsam mit dem Ortsverband Weißensee

Anlegestelle Schiffbauerdamm

Anmeldungen bitte bis zum 6.6.14 unter andreas.neumicke@dirk-stettner.de oder 0175-1664141

24. Juni 2014, 19.15 Uhr

Veranstaltung: „Pflege im Lichte des Demografischen Wandels“

Referent: Dirk Gerstle, Berliner Staatssekretär für Soziales

Zimt & Zucker | Kaffeehaus, Schiffbauerdamm 12, 10117 Berlin

Lassen Sie uns in Kontakt kommen!

Falls Sie weitere Informationen zur Frauen Union Pankow erhalten möchten, etwas über unsere nächsten Termine erfahren wollen oder sich mit uns treffen möchten, kontaktieren Sie uns einfach.

Unsere Termine und aktuelle Berichte zu unseren Veranstaltungen finden Sie regelmäßig auf unserer Homepage und unserer Facebook-Seite.

Frauen Union Pankow

Berliner Straße 38

13189 Berlin

(030) 4287481

info@frauenunion-pankow.de | www.frauenunion-pankow.de | facebook.com/FrauenUnionPankow

Impressum: Frauen Union Pankow, Berliner Straße 38, 13189 Berlin, Telefon: (030) 4287481, Fax: (030) 42806377